

## Inhalt:

### **Roboter statt Migranten**

Titelseite

### **Kuba: Vor grösseren Unruhen?**

#### **Die USA stehen zu Taiwan!**

Seite 2

### **Ziel ist Mitteleuropa**

Seite 3

### **Eine brandgefährliche Ausnahme**

#### **Taliban-Finanzierung: 85 % des weltweiten Opiums aus Afghanistan**

Seite 4

### **Muss ich jeden willkommen heissen, der an meine Türe klopft?**

Seite 5

### **Renitente Nordafrikaner in Asylzentren**

#### **Schreckensmeldungen nach der Bundesratssitzung**

Seite 8

Nr. 4/2021



## Roboter statt Migranten



Von Jan Mahnert,  
freier Journalist,  
Bern

Ich habe im Pikom-INFO bereits darüber geschrieben, wie Japan Masseneinwanderung ablehnt und stattdessen insbesondere auf die Robotisierung der Wirtschaft setzt, um die fallenden Geburtenzahlen zu kompensieren. Doch Japan ist nicht das einzige asiatische Land, das gewillt ist, diesen Weg einzuschlagen. Auch China automatisiert angesichts einer tiefen Geburtenrate zunehmend seine Wirtschaft, um nicht zu einem Einwanderungsland werden zu müssen.

Das Thema war kürzlich der NZZ am Sonntag einen ganzseitigen Bericht mit dem Titel «Lieber Maschinen als Migranten» wert. Besagter Bericht beginnt mit der Beschreibung einer «smart factory» des staatlichen Stahlproduzenten Nisco. Die Fabrik ist inzwischen dermassen automatisiert, dass statt 130 nur noch 10 Arbeiter notwendig sind, um das Werk am Laufen zu halten. Die Automatisierung der chinesischen Wirtschaft, so die NZZ am Sonntag, ist die Antwort der Regierung auf die von der Einkind-Politik der letzten Jahrzehnte herbeigeführten demographischen Krise. Weiter die NZZ am Sonntag: «Ein offensichtlicher Lösungsansatz wäre, Migranten ins Land zu holen. Doch Chinas nationalistische Staatsführung sieht Einwanderung vor allem als Bedrohung für die gesellschaftliche Stabilität, die oberste Priorität genießt.» Sehr wahrscheinlich be-

obachtet China ganz genau, was sich seit vielen Jahren in den meisten westlichen Einwanderungsländern abspielt, und zieht die richtigen Schlüsse daraus – im Gegensatz zum Westen, der aus ideologischer Verblendung gar nicht genug Einwanderer bekommen kann, unter anderem, weil er Masseneinwanderung zum Motor des wirtschaftlichen Wachstums gemacht hat.

Die Automatisierung der chinesischen Wirtschaft wird auch von steigenden Lohnkosten getrieben, während der Pool an Arbeitern aus der Provinz älter und kleiner wird. Weiter die NZZ am Sonntag: «Fabriken klagen allerorts darüber, trotz steigenden Löhns zu wenig Arbeiter für körperlich anstrengende Jobs zu finden. Deshalb begegnet man in den Ostküstenmetropolen im Dienstleistungsbereich überall Robotern: Einarmige Barista-Roboter kredenzen Kaffee, fahrende Kellner-Roboter nehmen in Hot-Pot-Restaurants die Bestellung auf und übernehmen im Hotel den Zimmerservice.» Wird die Robotisierung allein die demographischen Probleme Chinas lösen können? Die Ökonomen gehen nicht davon aus. Entscheidend, so die NZZ am Sonntag, «wird sein, ob die Gesellschaft ausreichend automatisiert, ehe sie greis wird. Es ist auch eine technologische Wette in die Zukunft – mit vollkommen offenem Ausgang.»

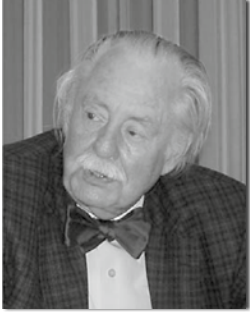
In seinem Buch «The 10 Rules of Successful Nations» (Die 10 Regeln erfolgreicher Nationen) schreibt der indische Investor und Fondmanager Ruchir Sharma, es brauche Bevölkerungswachstum, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln: Je mehr Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt eintreten, desto grösser sei das Wachstumspotenzial. Sharma nennt fünf Faktoren, die die Zahl der Arbeitskräfte beeinflussen: Geburtenrate, Einwanderung, Rentenalter, Frauenarbeit und Roboter. Es wäre die Aufgabe eines im patriotischen Lager angesiedelten Ausschusses oder Think Tanks aufzuzeigen,

wie diese Faktoren kombiniert und dosiert werden können, um die Notwendigkeit der Einwanderung auf ein Mindestmass zu beschränken. Dabei sollte insbesondere das Potenzial der Robotisierung eruiert werden.

Ebenfalls wäre aufzuzeigen, in welchen Sektoren am ehesten auf fremde Arbeitskräfte zugunsten von Robotern verzichtet werden könnte. Einen interessanten Ansatz liefert (wohl ungewollt) die Detailhändlerin Migros, die seit Anfang dieses Jahres einen mini-Supermarkt ohne Personal, das «Voi Cube», testet. Solche Läden sind in Japan und China schon längst gang und gäbe und sind Teil der Einwanderungsverzichtstrategie dieser Länder. Auch im tertiären Sektor müsste man nicht mehr jede fremde Arbeitskraft in die Schweiz holen. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass sich viele Aufgaben geistiger Art im Rahmen der Fernarbeit erledigen lassen. Die namhafte Harvard Business Review veröffentlichte im November 2020 den Beitrag «The Work from Anywhere Future» (Die Zukunft der Arbeit von jedem Ort aus) über die Vorteile der Fernarbeit. Diese erlaube es Unternehmen insbesondere, im Ausland lebende Menschen anzustellen, ohne den Spiessrutenlauf des Aufenthaltsbewilligungsantrags durchmachen zu müssen. Man kann diesen Gedanken leicht umformulieren und sagen, Fernarbeit würde es ermöglichen, die nötigen Köpfe anzustellen, ohne sie im Land anzusiedeln zu müssen.

Es ist im Rahmen dieses Bulletins unmöglich, vertieft auf dieses Thema einzugehen, das eigentlich ein Buch wert wäre. Daher sind diese Zeilen primär Denkanstösse. Länder wie Japan und China bilden in wirtschaftlicher Hinsicht Alternativen zum einwanderungsbasierten Wachstumsmodell des Westens, die es sich zu studieren lohnt. Leider scheinen die meisten patriotischen Parteien Europas sich kaum damit zu befassen.

# Kuba: Vor grösseren Unruhen?



Von Dr. iur.  
Friedrich-Wilhelm  
Schlomann,  
D-Königswinter/  
Bonn

Das kostenfreie Gesundheitssystem war stets der ganze Stolz und ein Grundpfeiler der ideologischen Basis der Revolution eines Fidel Castro. Doch bei der Corona-Epidemie im diesjährigen Sommer fehlte es überall an Medikamenten, Impfstoffen und Schutzausrüstungen. Anfang August etwa verzeichnete die 11-Millionen-Bevölkerung innert zwei Wochen rund 125'000 Neu-Infektionen, angesichts der sprunghaft angestiegenen Todeszahlen wurden die Leichen in primitiven Holzsärgen beerdigt – es fehlte einfach an Stoff, um die Särge zu bespannen. Forderungen regimekritischer Mediziner, den medizinischen Notstand auszurufen, blieben ohne Erfolg. Alle Hilfsangebote vom ideologischen Klassenfeind der USA lehnte Havanna scharf ab und machte stattdessen deren «Wirtschaftsblockade»

für alle Mängel des Regimes verantwortlich. Zudem folgte eine schwere Wirtschaftskrise für das Land, Lebensmittelpreise waren vielerorts kaum bezahlbar. Protestierten anfangs nur unabhängige Kulturschaffende gegen neue totalitäre Gesetze, so waren es bald die ärmsten Bevölkerungsschichten, die nach dem Selbstverständnis der Revolution doch am meisten profitieren sollten. Allzu oft kam es zu Stromausfällen. Nicht selten schien es so, als beherrsche das Volk mit seinen Transparenten «Nieder mit der Diktatur!» die Strassen. Nach Ansicht neutraler Beobachter waren es die grössten Protestaktionen im Land seit Jahren mit zehntausenden Kubanern aller Alters- und Berufsschichten! Hatte der neue Präsident Diaz-Canel, der erste nach der alles dominierenden Castro-Dynastie und dem daher der Glamour der kubanischen Revolution fehlte, wohl anfangs noch an einen Dialog mit seinen Zwangsuntertanen gedacht, so folgte er der Vorgehensart aller Diktatoren: Seine Geheimpolizei «säuberte» mit üblicher Brutalität die Opposition: Über 5'000 Verhaftete sind inzwischen im Ausland bekannt geworden, ihre Strafen betragen bis zu zehn Jahren Zuchthaus. Dennoch sollte man nicht glauben, dass die Opposition zerschlagen wurde. Sie arbeitet in kleineren Gruppen im politischen Untergrund weiter, und man wird mit neuen, wahrscheinlich sogar stärkeren Unruhen ge-



gen das Havanna-Regime rechnen müssen. Denn die Verhältnisse haben sich seit Oktober weiter verschlechtert. Die Lehrer haben seit drei Monaten kein Gehalt mehr bezogen, die meisten nahmen inzwischen eine zweite Erwerbsmöglichkeit an. Gerade im Südteil des Landes hungern die Menschen buchstäblich. Die Zahl der Flüchtlinge, die schwimmen oder auf kleinen Booten die Freiheit zu erreichen versuchen, hat wesentlich zugenommen. Nahezu täglich stösst die US-Küstenwache auf Leichen Ertrunkener; wie viele Kubaner derzeit sich auf der Flucht befinden, weiss niemand. Nur Peking hält noch zu Kuba – ist es doch eine Brücke im Kampf um lateinamerikanische Rohstoffe. Es liefert jetzt auch Lebensmittel, doch der Hunger auf Kuba hält weiter an ...

## Die USA stehen zu Taiwan!

Von Shi Wu Fei (aus Taipeh)

Die aggressive Haltung der kommunistischen Volksrepublik China gegenüber der freien Republik China (Taiwan) hat sich in jüngster Zeit wesentlich verstärkt. Wurden 2020 «nur» 380 Übergriffe in Form des Eindringens chinesischer Kampfflugzeuge in die Luftverteidigungszone (die deutlich grösser ist als der eigentliche Luftraum) der Inselrepublik registriert, so waren es in diesem Jahr bis Mitte Oktober bereits 600! Zugleich nehmen subversive Angriffe gegen die taiwanische Bevölkerung durch Cyber-Attacken und Einschüchterungen zu – sie soll demoralisiert werden, um reif zu einer Kapitulation zu sein; nach allgemeiner Ansicht aber werden diese Versuche ohne nennenswerten Erfolg bleiben, das Schicksal Hongkongs ist absolut nicht vergessen. Gefährlicher zu werden scheinen schon die Einschüchterungen Pekings anderer Länder und bestimmter Politiker sowie andererseits die Bevorzugung von Wirtschaftshilfen – je nach ihrer Haltung zur Taiwan-Frage. In jüngsten Wochen ist eine massive Einflussnahme auf internationale Behörden in Genf zu spüren.

Xi steht dabei unter – selbstverschuldetem – Druck: Auf dem nächsten Parteitag der KPCh im Herbst 2022 strebt er eine Bestätigung seiner Position in Partei, Staat und Militär für die nächsten

Jahre an. Dazu muss er Erfolge vorweisen können. Wirtschaftlich indes steht sein Reich vor einer eher negativen Entwicklung, entsprechend positive Statistiken pflegen Diktatoren oft und gern zu ihren Gunsten zu fälschen. Taiwans Existenz aber lässt sich nicht verleugnen, und hatte Xi doch schon wiederholt angekündigt, es (das niemals zu China gehörte) auch mit Waffengewalt in sein kommunistisches Reich einzugliedern. Ein militärischer Angriff würde neben immensen Kosten rund 300'000 seiner Soldaten erfordern. Es gibt indes nur wenige geographische Invasionsmöglichkeiten, und Taiwans Steilküsten würden einen hohen Blutzoll erfordern; auch das könnte angesichts seiner Bevölkerungsanzahl für Xi selbst ohne grössere Bedeutung, indes das Bekanntwerden in China nicht zu verhindern, und er wird auch wissen, dass einige seiner Generäle dieses Risiko eher ablehnend bewerten. Die Frage ist zudem, ob ein Krieg lokaler Art bliebe oder sich auf China und die USA beschränken würde oder sich daraus ein atomarer Weltkrieg entstehen könnte (China hat gegenwärtig 350 Atomsprengköpfe, die USA hingegen 5'550). Ziel Washingtons war in all den Jahren, eine direkte Unabhängigkeitserklärung Taiwans aus Sorge vor einem militärischen Angriff Pekings zu verhindern und andererseits Taipeh zum Schutz seiner Bevölkerung mit Defensiv-Waffen zu versorgen. Gewiss

nicht zufällig blieb stets unklar, wie weit eine Unterstützung der Inselrepublik gehen würde. Unter dem neuen US-Präsidenten hat sich ganz offenbar die Ansicht durchgesetzt, dass ein untätiges Zusehen der Annexion Taiwans das Zeitalter der USA als führende Weltmacht beenden und stattdessen die angestrebte Weltherrschaft der Volksrepublik China treten würde. Dies bedeute aber zugleich: Das Staatswesen einer Diktatur hätte damit den Sieg über dasjenige einer westlich-freiheitlichen Demokratie errungen! Inzwischen hat Biden den freien Chinesen auf Taiwan im Kriegsfall direkte militärische Unterstützung zugesichert, auf direkte Frage antwortete er wörtlich «Ja, wir sind dazu verpflichtet». Sein Sicherheitsberater, Jake Sullivan, bekräftigte dies mit dem Satz «Unsere Beziehung ist absolut unantastbar». Hatte es schon vor Monaten Gespräche der stellvertretenden Verteidigungsminister beider Länder gegeben, so traf Sullivan während des Monats August in Zürich mit Pekings oberstem Aussenpolitiker zu einem offenbar recht sachlichen Treffen zusammen. Es ist wahrscheinlich, dass es noch in diesem Jahr zu einer virtuellen Begegnung zwischen Biden und Xi kommen könnte. Ob beide Seiten dann einen Weg finden werden, ohne ihr eigenes Gesicht zu verlieren und damit den Frieden nicht nur in Taiwan und Asien retten werden, muss die Zukunft an ihren Taten prüfen.

# Ziel ist Mitteleuropa



Bernhard Hess,  
a/Nationalrat, Bern



Thomas Fuchs,  
a/Nationalrat, a/Gross-  
rat, Stadtrat, Bern

**Seit dem Sommer kommen Tausende Menschen aus dem Irak, Syrien, Nordafrika und anderen Krisengebieten über Belarus (Weissrussland) nach Litauen, Lettland und Polen. Doch dort wollen sie nicht bleiben. Alle wollen nach Mitteleuropa.**

Im vergangenen Mai kündigte der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko als Reaktion auf EU-Sanktionen an, künftig Migranten in Richtung Europäische Union nicht mehr aufzuhalten. Aus Sicht der EU geht Lukaschenko noch viel weiter. So glauben die westlichen Nachrichtendienste, dass in Belarus und durch Belarus eine staatlich organisierte, zumindest unterstützte Schleusertätigkeit stattfindet.

Fakt ist, dass Polen sowie Lettland und Litauen versuchen, die EU-Aussengrenze nach Belarus dicht zu machen. Die Länder bauen Grenzzäune, Polen plant auch eine dauerhafte Befestigung. Der dortige Grenzschutz registrierte allein seit Anfang Oktober rund 10'000 Versuche eines illegalen Übertritts an der Grenze zu Belarus – nach 6'000 im September. Viele Migranten werden an der Grenze abgewiesen, was nach internationalem Recht legal ist. Illegal sind hingegen sogenannte Push-Backs – wenn Menschen bereits EU-Gebiet erreicht haben und eigentlich das Recht hätten, einen Asylantrag zu stellen. Solche Push-Backs werden den polnischen Behörden vorgehalten. Migranten berichteten der polnischen Presse, sie seien nach der Rückkehr nach Belarus von dortigen Uniformierten verprügelt und wieder zurück Richtung Polen getrieben worden. Die genaue Lage ist jedoch völlig unklar.

Hintergrund der neuen Fluchtroute über Belarus ist ein komplizierter geopolitischer Konflikt. Die Europäische Union hatte Strafmassnahmen gegen Belarus verhängt, weil Machthaber Alexander Lukaschenko im Frühjahr ein Flugzeug zur Routenänderung zwang und einen Blogger aus der Maschine holte. Im Gegenzug kündigte Lukaschen-

ko an, Migranten auf dem Weg in die EU nicht mehr aufzuhalten.

## An der Grenze zwischen Polen und Belarus herrscht der Ausnahmezustand

Die Lage an der EU-Aussengrenze zu Belarus spitzt sich zu. Am Wochenende vom 24. Oktober 2021 hatten Migranten polnische Grenzer mit Steinen beworfen. In die Region werden nun mehr Soldaten verlegt. Migranten, die über Belarus illegal die EU-Aussengrenze zu Polen übertreten wollen, haben in jüngster Zeit mehrfach versucht, ihr Ziel mit Gewalt zu erreichen und Grenzzäune niederzureissen. Das geht aus Videos des polnischen Grenzschutzes hervor. Am Wochenende haben demnach zwei Gruppen von jeweils 60 bis 70 Migranten polnische Grenzschützer und Soldaten mit Steinen und Ästen beworfen. Dabei wurden auch zwei Soldaten verletzt.

Nach wie vor versuchen jeden Tag Hunderte Migranten vor allem aus dem Nahen Osten, über Polen in die EU zu gelangen. Polens Grenzschutz sprach alleine für das vorerwähnte Wochenende von 1'338 am Grenzübertritt gehinderten Personen. Dabei seien auch sieben Schleuser festgenommen worden. Derzeit seien 1'700 über Belarus eingereiste Ausländer in Einrichtungen des Grenzschutzes untergebracht, zum grossen Teil Asylbewerber. Insgesamt hat Polen seit Jahresbeginn etwa 400 Ausländer in ihre Heimatländer abgeschoben.

## Grenze soll mit Mauern und Stacheldraht gesichert werden

Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak hat angekündigt, die Zahl der Soldaten an der Grenze zu Belarus und den Grenzschutz weiter aufzustocken. Insgesamt sind bereits 14'000 Soldaten, Grenz- und Polizeibeamte aus dem ganzen Land im Grenzgebiet im Einsatz. Der geplante Bau einer dauerhaften Barriere entlang der gut

400 Kilometer Grenze werde Polen etwa 350 Millionen Euro kosten.

Litauen, das im Oktober bisher 1'558 illegale Einreisen verhinderte, baut eine ähnliche Barriere und hofft dabei auf finanzielle Unterstützung aus Brüssel. Allerdings sagte Kommissionschefin Ursula von der Leyen nach einer entsprechenden Diskussion auf dem EU-Gipfel, es sei «keine langjährige gemeinsame Position von Kommission und Parlament, dass es keine gemeinsame Finanzierung von Stacheldraht und Mauern geben wird».

Die EU-Aussenminister berieten Mitte Oktober 2021 über neue Strafmassnahmen gegen Fluglinien, die die illegalen Einreisen über Belarus unterstützen. Zudem verhandelt Die EU-Kommission mit Ländern, aus denen die Migranten kommen oder die auf ihrer Route liegen. Erfolg hatte sie nach eigenen Angaben im Irak: Es gebe keine Flüge mehr von Bagdad nach Minsk, sagte Anfang Oktober Migrationskommissarin Ylva Johansson.

## Schiesst Lukaschenko ein Eigentor?

Belarus lässt Bürger aus 76 Ländern ohne Visum oder zumindest ohne grössere Einschränkungen einreisen. Die Liste der Länder, aus denen Bürger visumfrei einreisen dürfen, wurde gerade erst erweitert, unter anderem um Pakistan und Iran. Nun gibt es aber aus Belarus selbst bereits Berichte über angebliche erste Einreisebeschränkungen. Denn für Lukaschenko deuten sich Schwierigkeiten an wegen der vielen Eingereisten, die zeitweise oder ganz in Belarus festsitzen. So sollen es bereits etwa 15'000 Menschen sein, die auf ihre Chance zur Weiterreise warten. «Es gibt bereits genug Migranten in Minsk, die ständig in Einkaufszentren oder Innenhöfen sitzen», sagte Experte Jegor Lebedok dem Nachrichtenportal zerkalo.io und warnte sogar: «Die Gefahr von Ausschreitungen wächst».



# Eine brandgefährliche Ausnahme

Von Dr. rer. publ. HSG Roland Burkhard, Bern

Das Schweizer Volk hat dieses Frühjahr die Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot“ (auch bekannt geworden als so genannte Burka-Initiative) angenommen. Der Grundsatz, dass niemand im öffentlichen Raum sein Gesicht verhüllen darf, findet sich nun als Art. 10a unmissverständlich in unserer Bundesverfassung. Nun hat der Bundesrat einen Vorschlag unterbreitet, wie er diesen Verfassungsartikel im Strafgesetzbuch umzusetzen gedenkt, und hat für den Text das Vernehmlassungsverfahren eröffnet, das bis am 3. Februar 2022 dauert.

Der vom Bundesrat vorgeschlagene Text macht misstrauisch. Wie zu erwarten war, enthält er unzählige Ausnahmen vom Grundsatz. Die meisten davon sind einigermassen nachvollziehbar (Gesichtsbedeckung in Kirchen, Masken zum Gesundheitsschutz oder als Sicherheitsausrüstung, fürs einheimische Brauchtum wie die Fasnacht etc.). Etwas weniger verständlich ist die Ausnahmeregelung für Street Parades oder Bachelor-Partys, nun ja. Am

allerwenigsten verständlich, ja gar alarmierend, ist hingegen die Ausnahme von der Gesichtsverhüllung bei Kundgebungen oder Demonstrationen zügen, wenn sie zur Ausübung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit notwendig seien (da bringt etwa das vorgebrachte Beispiel von Standaktionen der anonymen Alkoholiker argumentativ nicht viel).

Der Volkswille wird einmal mehr nur selektiv respektiert. Denn: Wenn das Schweizer Volk insgesamt knapp zugestimmt hat zum Verhüllungsverbot, dann erfolgte das Ja für viele Leute nicht (oder nicht vor allem) wegen dem Burkatragen. Es wurde vielmehr eingelegt, um damit auch, oder vor allem, den linksextremen Schlägerbanden einen Riegel zu schieben, die bei ihren chronischen gewalttätigen Kundgebungen in unseren Städten zumeist verumumt auftretend ihre schweren Sachbeschädigungen und anderen Gewalttaten verüben. Die Täter kommen dabei zu annähernd 100% straffrei davon, weil sie – weil verumumt – weder direkt visuell noch via Videoüberwachung individuell identifizierbar und somit nicht anklagbar sind.

So würde denn durch diese Ausnahme dem schändlichen Treiben der Linksextremen Gewalttrupps weiterhin Tür und Tor geöffnet, denn so quasi jede gewalttätige linksextreme Demo lässt sich locker mit der Meinungsfreiheit begründen. Und die tiefroten Regierungen unserer Städte behielten weiterhin ihr Alibi, um ihre lieben linksextremen Kreise ungestraft gewähren zu lassen. Es käme wohl höchstens mal zur Festnahme von als rechtsextrem (weil impfeindlich) deklamierten Treichlern mit ihren Kuhglocken, sollte ihr Gesicht nicht völlig erkennbar sein.

Fazit: Diese vom Bundesrat vorgeschlagene Ausnahme von der Verhüllungspflicht ist brandgefährlich und birgt angesichts der mutmasslich von unseren tiefroten Stadtregierungen nur sehr selektiv angewendeten Praxis ein weiterhin grosses Konfliktpotential. Ich hoffe sehr, dass die bürgerlichen Parteien (die SVP in primis) diese Gefahr erkennen und diese Bedenken in ihre Vernehmlassungsantworten einfließen lassen.

## Taliban-Finanzierung: 85 % des weltweiten Opiums aus Afghanistan

- 85 % des weltweiten Opiums aus Afghanistan.
- Afghanische Mohnbauern im Corona-Krisenjahr 2020 sogar mit Zuwachs in Höhe von 37 %.
- Drogenbeauftragte der Bundesregierung befürchtet zunehmendes Rauschgift-Angebot nach Machtübernahme der Taliban.
- In den letzten Jahren kam es insbesondere in den Taliban-Hochburgen zu einer drastischen Ausweitung der Anbaufelder.

85 Prozent des weltweiten Opiums stammen aus Afghanistan. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung befürchtet indes sogar, dass das Rauschgiftangebot nach der Machtübernahme der Taliban noch weiter zunimmt. Die Corona-Krise konnte den afghanischen Mohn-Bauern zumindest nichts anhaben: So soll der Anbau im Krisenjahr 2020 sogar einen Zuwachs in Höhe von 37 Prozent gehabt haben.

In puncto Opium-Anbau landet Myanmar mit einem Anteil von etwa 5,5 Prozent an zweiter Stelle, der Rest verteilt sich auf weitere Länder mit einem jeweils sehr geringen Weltmarktanteil.

Der Anbau- und Drogenhandel dürfte ein wichtiger Pfeiler für die Taliban bei der Finanzierung sein, ein Pfeiler, der künftig sogar noch wichtiger werden könnte. Dabei war dies nicht immer so. Während der ersten Jahre des Taliban-Regimes um die Jahrtausendwende verhängte dieses sogar ein umfassendes Verbot, Schlafmohn anzubauen und zu



Heroin zu verarbeiten. In den letzten Jahren kam es unterdessen insbesondere in den Taliban-Hochburgen Afghanistans im Süden und Nordosten zu einer drastischen Ausweitung der Anbaufelder.

«Auch angesichts des drohenden Stopps von Hilfsgeldern dürfte die Kriegskasse der Taliban in Zukunft nicht leer sein», so Handelskontor-Herausgeber Raphael Lulay. «Neben Spenden von

zahlreichen Akteuren, darunter aus den Golfstaaten, spielt der Schlafmohn-Anbau bei der Finanzierung eine nicht unwesentliche Rolle. Mehr denn je gilt es daher zu erwägen, den kontrollierten und regulierten Anbau umfassender auszugestalten, nicht zuletzt, um Terrorgruppen nicht unnötig in die Karten zu spielen».

# Muss ich jeden willkommen heissen, der an meine Türe klopft?

Von Claudio Casula, Mitautor von «Die Achse des Guten» ([www.achgut.com](http://www.achgut.com))

Heute mache ich mich unbeliebt. Ich gestehe: Ich bin ein Willkommenskulturbanause. Man wird mich aus den einschlägigen Ecken für dieses Statement einen Rassisten schimpfen (alternativ: einen Islamophoben, Fremdenfeind, Rechtspopulisten, Flüchtlingshasser, Extremist der Mitte, Nazi in Nadelstreifen, you name it), aber das ist mir langsam Wurscht. Die reflexhafte Entsorgung kritischer Anmerkungen bzw. missliebiger Ansichten zur unbremsten Einwanderung im «braunen Sumpf» gehört zur billigen diskursiven Masche der Dauerempörten und dient nur dazu, jede sachliche Debatte im Keim zu ersticken. Kritiker moralisch zur Sau zu machen, ist ja auch leichter, als unhaltbare Zustände argumentativ zu rechtfertigen.

## Worum es geht

Ich weiss, dass es tatsächlich Leute gibt, die am liebsten jeden Ausländer rauswerfen würden, Neonazi-Gesocks etc., geschenkt. Aber, bitte: Macht dieser tatsächlich beklagenswerte Umstand die unkontrollierte Zuwanderung (und sie ist längst ausser Kontrolle geraten) deshalb sakrosankt? Oder ist es nicht vielmehr so, dass wir uns gerade eine unüberschaubare Anzahl von Personen ins Land holen, die nicht weniger gruselig sein können als die Springerstiefel tragenden Glatzen aus Brandenburg? Man denke nur an die 40'000 Salafisten, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Oder an ganz normale Muslime, die einen ganz normalen muslimischen Antisemitismus kultivieren.

Worum es mir hier geht: eine rationale Bewertung der Zustände und um einen ehrlichen Umgang damit. Während Theo Sommer von der ZEIT eine wohlwollende Studie aus Grossbritannien (!) zitiert, in der es um Arbeitsmigranten (!! ) aus EU-Ländern (!!!) geht, um uns, die er wohl für ebenso blöd hält wie sein Finanzamt, mit Verweis auf den demographischen Wandel die «Zuwanderung» in toto schmackhaft zu machen (als wären Polen, Niederländer oder Spanier das Problem!!!!), treiben mich, kleinlich und spiessig wie ich bin, schon länger ein paar ketzerische Fragen um:

Warum wird keine Unterscheidung mehr getroffen zwischen Arbeitsmigranten, Flüchtlingen und politisch Verfolgten?

Wie viele Menschen werden in den nächsten Jahren zu uns kommen oder besser: Wie viele werden bleiben und wie viele gehen müssen?

Wie und wo werden sie behaust, wer kommt für Kost, Logis, Taschengeld und medizinische Versorgung auf?

Wer genau immigriert? Wie sieht es mit dem Familiennachzug aus?

Sind diese Menschen wirklich alle integrationswillig und -fähig?

Und nicht zuletzt: Welche Folgen könnte Einwande-

rung insbesondere aus islamischen Ländern für die innere Sicherheit haben?

Wenn neben Gentechnikfeinden, Atomkraftgegnern und TTIP-Kritikern noch weitere Bundesbedenken-träger zugelassen sind, dann möchte ich diese Fragen hier stellvertretend für viele aufwerfen. Da bereits 16,5 Millionen Deutsche einen Migrationshintergrund haben, also gut jeder Fünfte, von denen 10 Millionen einen deutschen Pass besitzen (ich bin einer davon), sollte der Multikulti-Bedarf längst gedeckt sein, insbesondere im Hinblick auf massive Probleme, die bereits Zugewanderte geschaffen haben. Gibt es einen Plan, wie man diese gravierenden Missstände in den Griff bekommt? Oder hoffen die gegenwärtig Regierenden, dass die Scheisse erst dann so richtig in den Ventilator gerät, wenn sie längst aus der Verantwortung entlassen sind? Zwei Punkte, um die sich Politik und die Meinungsmacher in den Medien herumdrücken, sind schlicht nicht von der Hand zu weisen:

Erstens: Die schiere Masse der «Flüchtlinge» wirft massive finanzielle und logistische Probleme auf, die sich in den kommenden Jahren noch verschärfen werden. Schon jetzt sind Bund, Länder und Kommunen heillos überfordert. Wenn schon Zeltlager in Parkanlagen errichtet werden, mag man sich nicht vorstellen, wie das hier 2024 oder 2030 aussehen wird.

Zweitens: Mit der massiven Zuwanderung, oft genug illegalen Einwanderung aus der islamischen Welt, importieren wir auch sozialen, religiösen, politischen und gesellschaftlichen Sprengstoff, und das dürfen wir wahrscheinlich wörtlich nehmen.

Wer sich um diese Fakten herumdrückt, handelt schlicht verantwortungslos. Die schrägen Töne bei Pegida et al. interessieren mich nicht die Bohne - die Verantwortlichen müssen hier in die Pflicht genommen werden und, wenn sie schon keine Antworten haben, zumindest eine redliche Debatte über Sinn und Zweck, Management, mögliche Folgen, Grenzen und auch Gefahren der Zuwanderung zulassen, sonst fliegt uns früher oder später vor lauter guter Absicht der ganze Laden um die Ohren.

## Muss ich jeden willkommen heissen, der an meine Türe klopft?

Sagen wir es so: Wenn ich eine Party veranstalte, überlege ich, wie viele Gäste ich einlade. Wie viele finden Platz, wie viele kann ich verköstigen? 30 schaff ich, bei 50 wird's verdammt eng, eher eine Stehparty. Bei 100 muss ich passen. Bin ich jetzt für Heiko Maas ein Gästehasser, für den man sich schämen muss? Wahrscheinlich, denn ich nehme mir auch noch heraus, selbst zu bestimmen, wen ich hereinbitte: Freunde, gute Bekannte, Verwandte, vielleicht noch nette Nachbarn – aber nicht jeden Honk von der Strasse, schon gar nicht irgendwelche Leute, mit denen ich nichts, aber auch gar nichts gemeinsam habe.

Für die Politik gilt das nicht: Sie nimmt jeden, der es

bis auf deutschen Boden schafft, und sei er durch sieben bombensichere Staaten Europas «geflüchtet», bis er endlich einem Bundesbeamten das Zauberwort «Asyl» vorsingen kann. Für ganz Deutschland werden in diesem Jahr 550'000 sogenannte Flüchtlinge erwartet. Warum sogenannte Flüchtlinge? Nun, nehmen wir die Balkanstaaten, woher etwa 40 Prozent der Asylbewerber stammen, wo aber bereits seit etlichen Jahren kein Krieg mehr geführt und niemand wirklich verfolgt wird – mit Ausnahme der Sinti und Roma, die es in Serbien und Mazedonien nicht leicht haben. Kein Wunder also, dass die Anerkennungsquote für Asylbewerber südosteuropäischer Herkunft gerade mal 0,2 Prozent beträgt. Das Problem liegt aber darin, dass die 99,8 Prozent, deren Asylbegehren negativ beschieden wurde, dennoch im Land bleiben.

Wobei mir die Menschen vom Balkan immer noch näher stehen als solche aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan. Die kommen zwar tatsächlich aus Kriegsgebieten, sind aber nach aller Erfahrung mit unserer Kultur und Gesellschaft meistens nicht kompatibel. Natürlich ist beileibe nicht jeder einzelne Libanese, Libyer oder Syrer ein Problemfall, in der Masse allerdings schafft insbesondere die Einwanderung von Muslimen jede Menge Konflikte, worauf wir später noch zu sprechen kommen werden. Eines ist offensichtlich: Die Ankunft von jährlich mehr als einer halben Million Menschen (entspricht ungefähr der Einwohnerzahl Bremens oder Leipzigs), die mutmasslich dauerhaft bleiben werden, wirft allerlei Probleme auf, die von Politik und Medien bis heute geleugnet oder verharmlost werden. Lehrer, Polizisten, Justizangestellte, Stadtkämmerer und Streetworker, ja eigentlich alle Bürger, die im Alltag damit konfrontiert werden, können ein Lied davon singen, aber auf die mag niemand hören, wenn es gilt, Humanität, Toleranz und Grosszügigkeit anzumahnen.

Während es selbstverständlich viele rechtschaffene Zuwanderer gibt, die sich hier ein neues, besseres Leben aufbauen möchten, und denen wir in der Tat helfen sollten, gibt es eben auch andere, die eine gesellschaftliche, finanzielle und logistische Herausforderung und, ja, auch Belastung darstellen. Unterkünfte bauen sich nicht von allein, Arbeitsplätze müssen geschaffen werden, Integration muss von beiden Seiten gewollt und das alles auch noch von irgendjemandem finanziert werden. Um es klar zu sagen: Es kostet Milliarden, keine Peanuts. Wer darauf hinweist, wird allerdings als hartherziger, sozialer Drecksack hingestellt – oder eben gleich als dumpfdeutscher Fremdenhasser. Dass man die durchaus vorhandene Hilfsbereitschaft der Leute damit auf Dauer überstrapaziert, liegt auf der Hand. Reden wir zuerst, kalt und menschenverachtend, vom Geld.

## Wer soll das bezahlen?

Bis zum 7. Juli habe ich, wie andere arbeitende

Menschen auch, nur für den Staat geackert. Ich zahle die horrenden Steuern gern, weil eben auch Menschen mit durchgezogen werden müssen, die es allein nicht schaffen. Das ist in Ordnung für mich, auch wenn ich bei dem Gedanken daran, dass ein Teil meines sauer verdienten Geldes an die Palästinensische Autonomiebehörde fließt, die damit die Familien von Terroristen alimentiert, kotzen könnte. Man kann es sich eben nicht aussuchen.

Nicht zu leugnen ist allerdings, dass Bund, Länder und die chronisch klammen Kommunen auf die aktuelle «Flüchtlings»-Welle nur noch einigermaßen kopflos mit durchaus kostspieligen ad-hoc-Massnahmen reagieren.

Hier stellt NRW mal eben weitere 206 Millionen Euro für Flüchtlinge bereit, dort sagt der Bund mal eine weitere Milliarde zu. Wir sind schliesslich, obwohl mit 2,17 Billionen Euro in der Kreide stehend, «ein reiches Land», und Minister Schäuble, der sich offenbar eine Herde Dukaten schneidender Goldesel hält, kann nach seinem morgendlichen Bad im Geldspeicher immer wieder neue Kohle locker machen, ganz egal, ob wir die von den Griechen gepumpten 86 Milliarden Euro jemals wieder sehen oder nicht. Mag auch manche Omi jeden Euro ihrer kargen Rente dreimal umdrehen müssen, wenn sie im Penny-Markt steht: Für Eritreer, Somalis, Syrer und Iraker ist die Staatsknete da. Der mir aus sicherer Quelle kolportierte Fall eines 11-jährigen afghanischen Jungen, der mehrmals im Monat per Taxi von seinem Wohnort in Norderstedt zum Deutschkurs in eine Schule nach Kaltenkirchen chauffiert wird, was die Kommune (also: den Steuerzahler) monatlich mal eben 400 Euro kostet, machte mich vielleicht weniger fassungslos, würde ich nicht gleichzeitig eine alte Dame kennen, die einen dementen Mann hat und demnächst aus ihrer Wohnung ausziehen muss, weil sie die 80 Euro Mieterhöhung nicht mehr stemmen kann. Beinahe jeder wird ähnliche Fälle kennen, und die lassen nur den Schluss zu, dass in diesem Staat was faul ist, ja, zum Himmel stinkt. Hinzu kommt, dass das mit der Dankbarkeit so eine Sache ist. Eben erwähnter afghanischer Schüler titulierte seine Lehrer jedenfalls gern als «Arschlöcher», so weit sind seine Deutschkenntnisse schon gediehen. Dann sind da die Flüchtlinge aus Senegal, Mali und Eritrea, die in ihrer Indersdorfer Notunterkunft randalierten, u. a. weil sie mit einer warmen Mahlzeit mittags und einer kalten Brotzeit am Abend nicht zufrieden waren, sondern zwei warme Mahlzeiten verlangten («am liebsten jeden Tag Huhn, Reis und Kartoffeln»). Man sollte meinen, dass jemand, dessen Leben anderswo bedroht sein soll, andere Sorgen hat, oder ist so eine Überlegung schon wieder empathielos?

Und da ist die Flüchtlingsfamilie aus Libyen, die, irgendwie im süddeutschen Burghausen gestrandet, nicht in eine Gemeinschaftsunterkunft ziehen mochte und auch die vom Ausländeramt angebotenen Wohnungen (66 qm und mehr) ablehnte: Sie forderte, Obacht!, tatsächlich «ein eigenes Haus». Als die alternativ verlangte Unterbringung in einem Hotel abgelehnt wurde, reiste die Familie, abgestossen von der skandalös unterentwickelten Willkommenskultur in der bayerischen Provinz, nach München weiter. Verständlich, denn politisch Verfolgte

geniessen Asylrecht, wie es in Artikel 16a GG heisst. Nur, wie sollen sie das geniessen, wenn die ungastlichen Deutschen kein eigenes Haus und zwei warme Mahlzeiten täglich garantieren wollen?

Klinge ich zynisch? Und geizig, weil für jeden einzelnen der etwa 14'000 «minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge» (also in der Regel: 16- oder 17-jährige Muslime) in Deutschland rund 60'000 Euro jährlich ausgegeben werden? Während gleichzeitig im nahen Umfeld ihrer Unterkünfte die Kriminalitätsrate in die Höhe schießt? Wie soll man so etwas einer hart arbeitenden Krankenschwester oder Kassiererin bei Aldi schlüssig erklären?

Ja, ich weiss, die von der Kinder- und Jugendhilfe betreuten Flüchtlinge haben mitunter tatsächlich ein schweres Los hinter sich, sind, wie es so oft heisst, «traumatisiert». Offen bleibt trotzdem die Frage, ob wir uns mit solchen «Zuwanderern», zumal in dieser Grössenordnung, einen Gefallen tun. Mein Vater kam aus einem bitterarmen sardischen Dorf und wuchs mit sieben Geschwistern auf – in Deutschland konnte er sich zum ersten Mal satt essen und auch deshalb, fand er, hatte er Grund, dankbar zu sein, egal wie oft er sonst auf dieses Land schimpfte. Es wäre ihm, bei allen Anfeindungen im damals wirklich noch spiessigen Deutschland und auch trotz mancherlei Diskriminierung, nie in den Sinn gekommen, hier als «Gastarbeiter» kriminell zu werden. Das traf auf so gut wie jeden seiner Generation zu, egal ob aus Italien, Spanien, Portugal, Jugoslawien oder der Türkei. Heute ist das anders, und nicht zuletzt haben wir das gewissen Ethnien zu verdanken. Wer behauptet, dass die Zuwanderung Hunderttausender bzw. Millionen Allochthoner sich unterm Strich auszahlen wird, glaubt auch, dass die Rente sicher ist oder dass sich alle elf Minuten ein Single über Parship verliebt. Es ist vielmehr so: Abermilliarden in eine in mancherlei Hinsicht fragwürdige Zuwanderung zu investieren, könnte sich als desaströses Geschäftsmodell entpuppen. «Deutschland schafft sich ab», so formulierte es Thilo Sarrazin. Das ist natürlich hart, und unseren Politikern und Medienschaffenden wird sicher ein sedierender Begriff einfallen. «Selektiver Rückbau» vielleicht. Hört sich doch ganz gut an.

### **Wohin mit den Menschen?**

Schon jetzt platzen die Erstaufnahmelager aus allen Nähten. Allein in Hamburg stehen jeden Tag weitere 300 Leute auf der Matte, die irgendwo untergebracht werden müssen, und zwar sofort, unverzüglich. Bundesweit sind es viele Tausende, und notfallmässig werden schon mal Schulen oder Turnhallen requiriert, Ex-Kasernen oder auch, wie in Osnabrück, ein ehemaliges Bundeswehrkrankenhaus. Containerdörfer und Zeltlager schießen wie Pilze aus dem Boden. Sogar der Parkplatz vorm HSV-Stadion wurde – «Erweiterung der Erstaufnahmeeinrichtung Schnackenburgallee» – zum Campingplatz umfunktioniert, wobei mehr Fläche beschlagnahmt wurde als mit dem Verein abgesprochen. Schon werden Parkanlagen ins Visier genommen.

«Die Stadt wird sich verändern», meinte Sozialsektor Scheele kürzlich, und das darf man getrost als Drohung auffassen, denn schon jetzt ist die Stadt, in

die ich vor 25 Jahren übersiedelte, nicht mehr dieselbe. Und sie war damals schon ziemlich international, so wie das Ruhrgebiet, aus dem ich ursprünglich komme. Heute packt mich, wenn ich durch die City meiner Heimatstadt gehe, das nackte Grausen, und wenn die Hamburger Innenstadt demnächst so aussehen soll wie die Gegend um den Harburger Bahnhof, Billstedt oder Wilhelmsburg, dann gute Nacht. Genau das will uns Scheele aber zumuten. Man werde, egal wo man aus dem Haus trete, künftig keine tausend Schritte nach links oder rechts tun können, ohne auf eine Flüchtlingsunterkunft zu stossen. Das hat er wirklich so gesagt.

Mehr als fragwürdig, auf welche Begeisterung ein solches Szenario bei den Autochthonen stossen mag. Ich vermute mal: auf herzlich wenig (und das, obwohl man hier immer schon bereitwillig Menschen aus aller Herren Länder aufgenommen hat).

Nicht zuletzt aufgrund der grossen Zahl. Manche Stadtteile sind schon jetzt mit Zuwanderern übersorgt, anderen, wie dem feinen Harvestehude, steht die Bereicherung noch bevor. Dort widersetzten sich die Villenbewohner rund um die Sophienterrasse dem Umbau des ehemaligen Kreiswehersatzamtes zum Flüchtlingswohnheim derzeit mit rechtlichen Mitteln.

Tatsächlich passen die Zugereisten aus Syrien und dem Irak in diese Gegend wie Florian Silbereisen in die «aspekte»-Redaktion. Allein: Alle hätten ihren Beitrag zu leisten, da ist die Behörde unerbittlich. Und entschlossen, den Pöseldorfer Grossbürgern notfalls auch gegen deren Willen endlich zur Behebung kultureller Defizite zu verhelfen.

Gern organisiert man so etwas inzwischen am Bürger vorbei – der wird dann am Ende eben vor vollendete Tatsachen gestellt. Wie in Lübeck, wo man den 1'700 Bewohnern der Bornkamp-Siedlung eine Erstaufnahmestelle für 600 Flüchtlinge vor die Nase setzen wollte; dort, wo eigentlich mal ein Sportplatz vorgesehen war. Ättsch!

Es sind vor allem die Städte, die vor der Herausforderung stehen, immer mehr Migranten versorgen zu müssen, da sie, wie die neue Präsidentin des Städtetags Eva Lohse (CDU) kürzlich dem SPIEGEL erzählte, «fast nur noch alleinstehende Männer zugewiesen bekommen»; und die zieht es nicht in entvölkerte Gegenden Mecklenburg-Vorpommerns, sondern dahin, wo die Musik spielt. In den Gemeinschaftsunterkünften geht's dann zu wie einst auf der Neuköllner Rütli-Schule, mehr als einmal wurden junge männliche Flüchtlinge von anderen jungen männlichen Flüchtlingen umgebracht, so wie ein 17-jähriger afghanischer Schüler in der Hamburger Nelson-Mandela-Schule von einem anderen afghanischen Schüler. Ja, auch so kann Zuwanderung aussehen. So wie es unter Deutschen gute Menschen und Arschlöcher gibt, ist es auch bei den Migranten. Überraschung.

Wenn man dann noch lesen muss, dass in Niederkassel eine achtköpfige Familie aus ihrem Haus geworfen wird, weil die Gemeinde dort 25 Flüchtlinge unterbringen will, braucht man sich über einen gewissen Unmut in der Bevölkerung nicht zu wundern. Das offiziell gern gemalte rosarote Bild von der idealtypischen Flüchtlingsfamilie aus Syrien (Vater: Arzt, Mutter: Teresa, dazu ein paar nied-

liche, lernbegierige Kinder) entspricht eben nicht den Alltagserfahrungen der Menschen. Die empfinden das Beschönigen und Ignorieren der offensichtlichen Probleme zunehmend als unerträgliche Verarsche. Mit Recht.

Also – wie soll das in Zukunft laufen? Wenn nächstes Jahr wieder 550'000 Menschen kommen? Oder sogar noch mehr, denn das ist der Trend? Und übernächstes Jahr? Und danach? Die Menschen würden das gerne wissen. Übrigens nicht nur in Deutschland.

### **Alles kein Problem, oder was?**

Hier wird es richtig unangenehm. Hunderttausende Migranten mögen in Ordnung sein, und wären wir in ihrer Lage, würden wir sicher auch nicht anders handeln. Viele Menschen haben das Pech, in Kriegsgebieten oder Elendsvierteln aufzuwachsen, und wollen nur noch weg. Das ist verständlich und man sollte es ihnen nicht zum Vorwurf machen. Es ist nur die Frage, ob wir das verkraften können. Und ob wir einen signifikanten Teil dieser Zuwanderer wirklich brauchen: Jeder weiss, wovon ich spreche, denn die fleissigen und freundlichen Vietnamesen und Thailänder sind nicht das Problem, wohl aber viele der Migranten aus muslimischen Ländern. Nicht der türkische Gemüsehändler und nicht der iranische Änderungsschneider. Aber zum Beispiel der salafistenbärtige Typ mit finsterem Blick und Gewand über Pluderhosen samt vollverschleierter Begleiterin. Wenn ich eines solchen Zuwanderers gewahr werde, verliert der biodeutsche Tennissocken-in-Sandalen-Träger für mich seine Schrecken. Wäre der Salafist nur eine ästhetische Zumutung, liesse sich auch das aushalten, aber sein Charakter ist es, der eine instinktive Abwehrreaktion auslöst. Was Frauen, Schwule und Juden angeht, vertritt dieser Herr garantiert Ansichten, die denen unserer Gesellschaft diametral entgegengesetzt sind.

Er wird nicht zum Elternabend in der Schule erscheinen, wird seine Töchter vom Schwimmunterricht und der Klassenfahrt abmelden. Er wird gegen den Sexualkundeunterricht protestieren, und wenn der Geschichtslehrer das Thema Holocaust anschnidet, werden seine Kinder nichts davon hören wollen, sondern «Und was ist mit Palästina?» fragen. Am Al-Quds-Tag wird er judenfeindliche Parolen rufen, er wird auf der «Muslim Markt»-Seite der Özoguz-Brüder surfen und möglicherweise hat er sogar Sympathien für die Kopfabscneider des Islamischen Staates. Wie das Vorstandsmitglied des Moscheevereins DITIB in Dinslaken, der gemeinsam mit einem Jugendlichen mit IS-Erkennungszeichen für ein Foto posierte.

Brauchen wir so einen hier? Wer hat den überhaupt hergeholt und: Warum, um Himmels Willen?! Was mich angeht, so nehme ich im Zweifel lieber die in islamischen Ländern verfolgten Christen auf als Leute, von denen ich nicht weiss, ob sie vor Assad oder dem IS geflohen sind. Und die ihre christlichen Schicksalsgenossen auch mal vom Flüchtlingsboot ins Mittelmeer stossen. Der Islamunterricht an Grundschulen und die Eröffnung einer islamischen Bank gehen mir - und nicht nur mir - gegen den Strich, ebenso wie das Ranwanzen des Bayerischen Rundfunks mit einem Extra-Programm zum

«heiligen Monat» Ramadan. Geht's noch? Immer weniger Schüler können schwimmen. «Fast jeder zweite Drittklässler im Problemkiez Neukölln kann nicht schwimmen», schreibt die WELT. «Wo viele Arbeitslose wohnen und der Migrantenanteil hoch ist, sind es 80 Prozent.» Denn: «Bei Muslimen ist Schwimmen nicht so üblich». Und deshalb schafft eine Schule Ganzkörperschwimmzüge für muslimische Mädchen an, und der Bezirk initiiert ein Pilotprojekt mit dem Titel »Neuköllner Schwimmbär«, damit Neuköllner Zweitklässler eine Intensivbetreuung geniessen. Kostet bei rund vierzig Kindern dann auch mal eben 18'000 Euro, aber das nur nebenbei. Solche Geschichten, und dass weniger muslimische Schüler einen ordentlichen Schulabschluss machen, das ist das eine. Schlimmer sind Zwangsverheiratungen, Ehrenmorde und «Friedensrichter», mit denen im Fall krimineller Handlungen unsere Justiz weiträumig umfahren wird - und dass «Du Jude!» inzwischen eine gängige Anmache auf deutschen Schulhöfen ist. Noch schlimmer ist die Tatsache, dass 90 Prozent der jugendlichen Intensivtäter in Berlin Türken und Araber sind; wer weiss, wie viele von denen Gefallen an IS-Hinrichtungsvideos finden, Attentate wie die in London, Madrid, Paris, Toulouse oder Kopenhagen begrüssen oder gar selbst als «Heilige Krieger» nach Syrien oder in den Irak gehen – einige Hundert sollen es bisher sein. Na, viel Freude dann mit den Rückkehrern. Berichte, dass auch IS-Kämpfer sich unter die «Flüchtlinge» mischen, sollten eigentlich sämtliche Alarmglocken schrillen lassen.

Wobei die bereits real im Land existierende Gewalt das Problem Nummer eins ist. Kommt es irgendwo zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen zwei «Grossfamilien», so ist jedem, der sich seine Schnürsenkel selbst binden kann klar, dass hier nicht die Meyers gegen die Schmidts antreten. Gibt es mal wieder eine Massenschlägerei oder auch Messerstecherei im Columbiabad in Berlin-Neukölln, muss man über die Täter nicht lange spekulieren. Das «Culle», das «berüchtigtste Freibad Deutschlands» (SZ), wird nicht zufällig Islambad genannt, denn 90 Prozent der Besucher haben einen Migrationshintergrund: Araber, vor allem Libanesen, und Türken. «Wo ist die Ratte, isch ficke sein Leben, walla!» – das ist der raue, aber herzliche Umgangston dort. Über das Antikonfliktteam, das T-Shirts mit der Aufschrift «Bleib cool am Pool» trägt, lachen sich die Zielpersonen natürlich krumm und bucklig.

Sind alle so? Natürlich nicht. Ich zum Beispiel kenne gut integrierte Deutsch-Türken, überzeugte Kemalisten, die über jene (Originalton!) «Ghetto-Türken» lästerten, als gäbe es kein Morgen mehr. Tragisch, dass sie hier von den Leuten eingeholt werden, die sie schon in der Heimat nicht ausstehen konnten. Aber die gibt es nun mal bereits hier, und wir werden sie nicht mehr los. Das sind diejenigen, die bei den letzten türkischen Wahlen zu mehr als 50 Prozent für Erdoğan gestimmt haben – in der Relation mehr, als Türken es in der Heimat taten. Ich kann nicht behaupten, dass mir dadurch diese Leute sympathischer sind.

Müssen wir jetzt noch über die rechtsfreien Räume reden, in denen die Polizei sich schon lange

nicht mehr blicken lässt? Über den Schwarzfahrer in der S-Bahn, der den Kontrolleur erst anlügt («Karte vergessen»), dann anherrscht («Fass´ misch nisch an!») und dann seelenruhig zum Ausgang schlendert, weil die eingeschüchterte Kartoffel sich der offen zur Schau gestellten Bereitschaft zur Gewalt beugt? Über den Miri-Clan in Bremen und die zwölf mafiosen Grossfamilien libanesischer, palästinensischer und ostanatolischer Herkunft in Berlin mit 50 bis 500 Mitgliedern, die unzählige Male mit Drogen- und Waffenhandel, mit Erpressung, Raub, Zuhälterei und Mord auffällig geworden sind?

Brauchen wir wirklich noch mehr Leute dieses Schlages? Müssen wir die Probleme totschweigen, nur damit das rechtsextreme Pack keine Munition erhält? Warum halten sich ausgerechnet die Linken bedeckt, wenn ihre Schützlinge auf ihre ureigentlichen Anliegen – Toleranz bis zum Anschlag, Minderheitenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter, angeblich auch der Kampf gegen den Antisemitismus – pfeifen? Ahnen die überhaupt, dass Muslime von einer «Ehe für alle» rein gar nichts halten? Welchen Weg wird diese Gesellschaft gehen, wenn wir zulassen, dass sich zahllose Einwanderer nicht an unsere Normen und Werte gebunden fühlen?

Die stets toleranten Dänen haben inzwischen die Reissleine gezogen. Als herauskam, dass drei Viertel der muslimischen Zuwanderer von der Stütze leben, also von der arbeitenden Bevölkerung alimentiert werden, und als dann Mitte Februar ein Islamist ein Attentat auf ein Kulturzentrum verübte und am Tag darauf vor der Synagoge ein Wachmann erschossen wurde, war der Spass irgendwann vorbei. «Ihr seid nichts Besonderes!» rief ZEIT online den vermeintlich weit nach rechts abgedrifteten Dänen nach den letzten Wahlen zu, als hätten die Leute aus Daffke oder aus irgendwelchen finsternen nationalistischen Motiven ihre Wahlentscheidung getroffen. Dabei haben sie einfach nur die Nase voll. Ihre in aller Welt berühmte Toleranz war aufs Schädigste ausgenutzt und missbraucht worden, und jetzt war Schluss mit unlustig, ob der Nachbar im Süden nun «Rechtspopulismus» wittert oder nicht. Fragt sich nur, wann dem selbst mal ein Licht aufgeht.

## **Impressum**

**Herausgeber:** PIKOM, 5000 Aarau  
Telefon: 079 302 10 09 – Fax: 031 981 41 61  
**Vorstand:** Stadtrat, alt Grossrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs, Präsident, Bern – alt Nationalrätin Sylvia Flückiger, Vizepräsidentin, Schöftland – Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli – Nationalrätin und Frau Vizeammann Martina Bircher, Aarburg – alt Grossrätin Claudia Gubler-Hofmann, Beinwil am See – alt Grossrat Gregor Biffiger, Berikon – Manuela Kumml, Meisterschwanden – Stadtrat Janosch Weyermann, Bern – Pierre Juchli, Zürich – alt Grossrat Hans-Ulrich Gränicher, Revisor, Bern – Monika Kammermann, Revisorin, Bern  
Homepage: [www.pikom.ch](http://www.pikom.ch)  
E-Mail: [pikom@pikom.ch](mailto:pikom@pikom.ch)  
IBAN CH44 0900 0000 6007 6254 9  
Layout: P. Hofstetter, Lurtigen  
Erscheint mindestens 4 x jährlich

# Renitente Nordafrikaner in Asylzentren



Von  
Thomas Matter,  
Nationalrat,  
Meilen

Junge, männliche, renitente Asylsuchende aus Nordafrika machen Ärger, sind gewalttätig, brechen ein, handeln mit Drogen und sind vollgepumpt mit Alkohol. Ihre Betreuung kostet über tausend Franken pro Tag und pro Fall – also 365'000 Franken im Jahr pro Person. Zahlen dürfen die Rechnung Sie als Steuerzahler. Lesen Sie hierzu meinen Kommentar.

Für einmal hat die «Rundschau» vom Schweizer Fernsehen einen realistischen Blick auf unser Asyl-Unwesen geworfen. Der Beitrag beginnt mit dem Ehepaar Schori aus dem bernischen Lyss, wo ein Bundesasylzentrum steht. Nachts um zwei sind zwei Asylbewerber bei ihnen eingebrochen. Den Schoris ist es mit viel Lärm gelungen, die Einbrecher zu vertreiben. Aber hören Sie hier, was beide Einbruch-Opfer am meisten beschäftigt:

[https://www.srf.ch/play/tv/rundschau/video/aerger-mit-asylsuchenden-aus-algerien-diebstahl-](https://www.srf.ch/play/tv/rundschau/video/aerger-mit-asylsuchenden-aus-algerien-diebstahl-einbruch-belaestigung?urn=urn:srf:video:fb2feff-d92a-420a-acc7-7e67a0724f4f)

einbruch-belaestigung?urn=urn:srf:video:fb2feff-d92a-420a-acc7-7e67a0724f4f  
(Minute 17.28 bis 18.32)

Dann ist von der «Rundschau» zu hören, dass das Bundesasyl-Zentrum Lyss keine Ausnahme sei: «In den letzten Monaten hat die Gewalt in und um die Bundesasylzentren stark zugenommen. Ein Grund: Mehr Personen aus Nordafrika, insbesondere Algerier. Diese Männer machen oft Probleme.» Dazu kommen Linksextreme, die die Asylbewerber angeblich «befreien» wollen und Millionenschäden an den Gebäuden anrichten.

Die «Rundschau» nimmt dann das Speziallager für renitente Asylbewerber von Les Verrières im Neuenburger Jura in Augenschein. Dort stehen ein Haufen Autos und das Lager ist sehr belebt – aber nur wegen der Betreuer und Sicherheitsleute, denn es befinden sich ganze drei Insassen in dem Lager. Ein Platz kostet mehr als tausend Franken pro Tag. Schauen Sie selbst:

[https://www.srf.ch/play/tv/rundschau/video/aerger-mit-asylsuchenden-aus-algerien-diebstahl-](https://www.srf.ch/play/tv/rundschau/video/aerger-mit-asylsuchenden-aus-algerien-diebstahl-einbruch-belaestigung?urn=urn:srf:video:fb2feff-d92a-420a-acc7-7e67a0724f4f)  
einbruch-belaestigung?urn=urn:srf:video:fb2feff-d92a-420a-acc7-7e67a0724f4f  
(Minute 20.56 bis 21.35)

Und schauen Sie sich zum Schluss noch den absoluten Affront an betreffend renitente Asylbewerber:



[https://www.srf.ch/play/tv/rundschau/video/aerger-mit-asylsuchenden-aus-algerien-diebstahl-](https://www.srf.ch/play/tv/rundschau/video/aerger-mit-asylsuchenden-aus-algerien-diebstahl-einbruch-belaestigung?urn=urn:srf:video:fb2feff-d92a-420a-acc7-7e67a0724f4f)  
einbruch-belaestigung?urn=urn:srf:video:fb2feff-d92a-420a-acc7-7e67a0724f4f  
(Minute 22.56 bis 23.07)

Wollen Sie auch einmal gratis eine Sport-Stunde mit einem Personal Trainer geniessen? Dann werden Sie am besten ein renitenter Asylbewerber in der Schweiz!

Als die «Rundschau» versucht hat, die jungen Männer anzusprechen, kamen nur wirre Antworten. Sie seien eben unter Alkohol, Drogen und Tabletten. Nein, sagt einer, er sei aus Marokko und England und nur als Tourist auf der Durchreise. Probleme hätten sie noch nie gemacht. Und selbstverständlich würden sie, so sagen sie selbst, unser Land auch bei einem negativen Asylentscheid nie mehr verlassen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich habe manchmal das Gefühl, dass ein Land, das solche Zustände duldet, zum Untergang verdammt ist. Es ist ganz einfach: Entweder werden wir mit diesen Asylmissbrauchern fertig. Oder die Asylmissbraucher werden mit uns fertig!

## Schreckensmeldungen nach der Bundesratssitzung

Immer seltener verkündet der Bundesrat am Mittwoch nach seiner Sitzung etwas Gutes und Sinnvolles. Meistens sind die bundesrätlichen Beschlüsse aus freiheitlicher, marktwirtschaftlicher und bürgerlicher Sicht alles andere als erfreulich. Lesen Sie hierzu meinen Kommentar.

Jeden Mittwochnachmittag muss man zittern, was für unverständliche Beschlüsse wohl der angeblich bürgerliche Bundesrat wieder verabschiedet hat. Nehmen wir als Beispiel die letzte Woche. Da verkündet unsere Regierung, sie wolle 38 afghanische Mitarbeiter der Schweizer Entwicklungshilfe in unser Land aufnehmen. Und zwar zusammen mit ihren Kern-Familien, was 230 Personen ausmache. Da können Sie ausrechnen, wie gross eine sogenannte Kern-Familie ist. Wie man die Afghanen, die doch jetzt helfen sollten ihr eigenes Land auf-

zubauen, in unseren Arbeitsmarkt integrieren kann, weiss nur der Bundesrat. Und das ist erst der Anfang. Schon heute sind die Afghanen zusammen mit den Eritreern die grösste Asylgruppe – und in punkto Sozialhilfe-Abhängigkeit und Kriminalität eine der schwierigsten!

Ausserdem verlangt der Bundesrat neu eine verbindliche Klima-Berichterstattung von Schweizer Unternehmen. Publikumsgesellschaften, Banken und Versicherungen ab 500 Mitarbeitern, mehr als 20 Millionen Bilanzsumme bzw. mehr als 40 Millionen Umsatz seien künftig verpflichtet, öffentlich Bericht zu erstatten über das finanzielle Risiko, das ein Unternehmen durch «klimarelevante Tätigkeiten» eingeht. Was auch immer das ist. Und weiter: «Andererseits muss offengelegt werden, welche Auswirkungen die Geschäftstätigkeit

des Unternehmens auf das Klima bzw. die Umwelt hat.» Das alles nützt natürlich dem Klima null und nichts, führt aber zu mehr Bürokratie und Kosten, gefährdet Arbeitsplätze und nützt nur den Anwaltsbüros und externen Beratern, die sich auf das richtige Ausfüllen von Formularen und das Formulieren von schönen Sätzen spezialisiert haben.

Weiter buttert der Bundesrat 233 Millionen Franken Nachtragskredit in Bahninfrastrukturfonds. Mit 102 Millionen werden coronabedingte Verluste im Betrieb ausgeglichen. Etwa 60 Millionen Franken gehen an das Bundesamt für Gesundheit (BAG) wegen Mehrausgaben! Geld spielt in den Sümpfen von Bern offenbar keine Rolle mehr.

Zur extremen Gletscherinitiative sagt der Bundesrat, er teile die Ziele von netto null CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2050. Er macht einen direkten Gegenvorschlag, so als hätte das Schweizer Volk nie eine CO<sub>2</sub>-Vorlage abgelehnt. Und so als würden deswegen die Gletscher wieder wachsen. Soweit nur ein paar der unzähligen wöchentlichen zeitgeistlichen Gutmenschen-Entscheiden aus dem Bundesratsszimmer.